

40 Jahre Putsch

Vergangenheitsaufarbeitung in Chile

Mündlicher Vortrag von Dr. Stephan Ruderer anlässlich der Ausstellungseröffnung zum 40.

Jahrestag des Putsches in Chile organisiert von der Kinderhilfe Chile, Hamburg

Hamburg Eimsbütteler Apostelkirche, 3. November 2013*

Bevor ich zu meinem eigentlichen Thema des heutigen Vortrags komme, nämlich der Vergangenheitsaufarbeitung in Chile, möchte ich kurz ein paar Worte zum Putsch und zur Diktatur von Pinochet sagen. Ich denke, das ist wichtig, um auch den Kontext der Bemühungen um die Vergangenheit in Chile zu verstehen.

Als im Jahr 1970 der sozialistische Salvador Allende demokratisch gewählt zum Präsidenten Chile wurde, erhielt das kleine Land die Aufmerksamkeit der Welt. Das chilenische Experiment, den Sozialismus auf demokratischem Wege einzuführen, galt für viele als hoffnungsvoller neuer Weg innerhalb der Blockkonfrontation des Kalten Kriegs.

Allende hatte allerdings die Wahlen nur knapp gewonnen, und auch wenn in Teilen der Bevölkerung eine euphorische Aufbruchsstimmung herrschte und eine neue, gerechte Gesellschaft nun möglich schien, so konnte die Regierung der *Unidad Popular* bei der angestrebte umfassende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse eben nicht immer mit der Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit rechnen.

Trotzdem wurden einige Reformmaßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Arbeitern, Bauern und Armen schnell umgesetzt. Hinzu kam die Verstaatlichung von Rohstoffvorkommen und multinationalen Unternehmen. Am bedeutendsten war hier sicher die Verstaatlichung der Kupferindustrie, dem wichtigsten Exportsektor Chiles. Anders als andere Reformen der UP-Regierung unterstützte ein großer Teil der Bevölkerung diese Maßnahme. Die dafür notwendige Verfassungsänderung erhielt im Parlament die Stimmen aller Parteien. Diese Verstaatlichung von hauptsächlich us-amerikanischen Firmen steigerte

* Für Referenzen zum Text verweise ich auf meine Bücher:

Stephan Ruderer: Das Erbe Pinochets. Vergangenheitspolitik und Demokratisierung in Chile 1990-2006, Göttingen: Wallstein Verlag, 2010. (<http://www.wallstein-verlag.de/9783835307360-stephan-ruderer-das-erbe-pinochets.html>)

Javiera Bustamante/Stephan Ruderer: Patio 29. Tras la cruz de fierro, Santiago: ocholibros, 2009. (<http://ocholibros.buscalibre.com/patio-29-tras-la-cruz-de-fierro-javiera-bustamante-stephan-ruderer-ocholibros/p/7xn26xx>).

aber den Unmut der USA. Diese hatte schon lange vor 1970 versucht, die Wahl Allendes zu verhindern und war durchaus bereit, einen gewaltsamen Putsch in Kauf zu nehmen, um den demokratischen Sozialismus in Chile zu verhindern. Unter Präsident Nixon ging die USA national und international gegen die chilenische Regierung vor und erreichte, dass der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die US-Import-Export-Bank keine Kredite mehr vergaben. Hinzu kam, dass die USA ihren Handel mit Chile einschränkten, die Entwicklungshilfe einstellten und auch auf andere Regierungen einzuwirken versuchte, damit diese wirtschaftliche Maßnahmen gegen Chile ergriffen.

Diese Maßnahmen verschärften die wirtschaftlichen Probleme in Chile, deren Ursachen, das muss auch gesagt werden, jedoch zum Teil auch hausgemacht waren. Der USA kommt sicherlich eine wichtige Rolle beim tragischen Ende der Allenderegierung zu, doch, um den Putsch angemessen beurteilen zu können, müssen auch interne Faktoren berücksichtigt werden.

In der innenpolitischen Auseinandersetzung in Chile kam es zu einer Radikalisierung, die Konflikte wurden immer mehr auf der Straße ausgetragen. Die Regierung verlor in dieser aufgeheizten Situation zunehmend an Handlungsspielraum. Ihre Gegner ebenso wie ihre Anhänger demonstrierten, Ladenbesitzer streikten und forcierten Versorgungsengpässe. Das Militär, Teile des Klerus, Angehörige der Oberschicht und ein großer Teil der Mittelschicht fürchteten, dass der Sozialismus im eigenen Land vor der Tür stünde, was sie mit allen Mitteln verhindern wollten. Teile der Linken wiederum plädierten unter anderem angesichts der Einmischungen durch die USA für den kubanischen Weg zum Sozialismus, bevor es dazu zu spät sei. Politisch motivierte Gewalt nahm insgesamt zu. Im August 1973 verabschiedete dann das Abgeordnetenhaus eine Resolution, in der der Exekutive wiederholter Verfassungsbruch vorgeworfen wurde. Dies wird von einigen Historikern als versteckte Aufforderung zum Putsch verstanden. Als dann der verfassungstreue Oberbefehlshaber Prats, wegen mangelnder Unterstützung in den eigenen Reihen von seinem Amt als Oberbefehlshaber zurücktrat, und Augusto Pinochet zu seinem Nachfolger ernannt wurde, stand den Umsturzplänen der Armee nichts mehr im Weg.

Am Morgen des 11. September 1973 nahm die Marine die Hafenstadt Valparaíso ein, und Einheiten der Armee besetzten die Stadt Concepción. In der Hauptstadt Santiago forderte die Armee den Präsidenten auf, sich zu ergeben. Als dieser sich im Präsidentenpalast *La Moneda* verschanzte, bombardierten die Putschisten das Gebäude. Mittlerweile steht fest, dass sich Allende an diesem Tag selbst umgebracht hat. Die 17-jährige brutale Militärdiktatur unter Augusto Pinochet sollte beginnen.

Die Menschenrechtsverbrechen sind sicherlich das schlimmste Erbe dieser Diktatur.

Noch am Tag des Putsches richtete die Armee ein Konzentrationslager für politische Gefangene im Nationalstadion ein, wo tausende Anhänger der *Unidad Popular* festgehalten, gefoltert und ermordet wurden.

Insgesamt ermittelte die chilenische Wahrheitskommission für die 17 Jahre der Militärdiktatur 3.197 Ermordete und 250.000 in das Exil geflohene Chilenen. Historiker schätzen diese Zahlen allerdings als zu niedrig ein und gehen von 3.500-4.500 Ermordeten oder Verschwundenen, bis zu 200.000 Verhaftungen und ca. 450.000 Exilierten aus.

Der Putsch erregte auch die internationale Öffentlichkeit, denn er bedeutete das Scheitern des so hoffnungsvollen chilenischen Experiments. Auch in Deutschland gab es schon am nächsten Tag zahlreiche Solidaritätsveranstaltungen und insgesamt sollte die Chile-Solidarität, neben der mit Vietnam, zur größten Solidaritätsbewegung in Deutschland werden.

Gleichzeitig spielte Deutschland aber auch eine unrühmliche Rolle, denn die deutsche Enklave *Colonia Dignidad* im Süden Chiles wurde jahrelange von der deutschen Botschaft vor Ort unterstützt. Dort gab es jedoch nicht nur den zahlreichen Kindesmissbrauch durch den Sektenführer Paul Schäfer und seine Komplizen, sondern die Kolonie arbeitete auch eng mit dem chilenischen Geheimdienst zusammen und ließ zahlreiche Regimegegner verschwinden.

Insgesamt sollte mit den systematischen Menschenrechtsverletzungen oppositionelle Gruppen ebenso wie zivilgesellschaftliche Organisationen zerschlagen werden, um so den Widerstand gegen die Militärherrschaft und die Etablierung eines neuen Wirtschaftssystems möglichst einzudämmen. Dafür wurden grundlegende Bürgerrechte außer Kraft gesetzt. Direkt nach dem Putsch verhängte das Militär den Ausnahmezustand, löste den Kongress auf und verbot Parteien und politische Organisationen der Linken. Den anderen wurde eine Tätigkeit untersagt, bis 1977 ein generelles Parteienverbot erfolgte. Hinzu kam eine scharfe Zensur der Medien.

Die Wirtschaft wurde nun stark auf den Weltmarkt ausgerichtet, neben der Rücknahme der Verstaatlichung von Unternehmen wurden außerdem zahlreiche soziale Dienste privatisiert. Das brachte zwar makroökonomische Erfolge, für große Teile der Bevölkerung bedeutete dies jedoch eine Verschlechterung ihrer sozialen Lage bis hin zur Verarmung. Es ist deshalb ganz wichtig zu betonen: Wirtschaftsreformen und Menschenrechtsverletzungen gehörten in der Diktatur zusammen.

Um die Militärherrschaft durch einen rechtsstaatlichen Anstrich zu legitimieren wurde 1980 eine neue, autoritäre Verfassung erlassen, die eine Präsidentschaft von acht Jahren vorsah und dem Präsidenten weit reichende Kompetenzen zusprach, während der Kongress nur geringe Befugnisse erhielt. Hinzu kam die Absicherung des militärischen Einflusses auf die Politik. Die Verfassung sah Pinochet als Präsidenten vor und legte für 1988 ein Referendum fest, in dem darüber entschieden werden sollte, ob der vom Militär genannte Kandidat Präsident werden sollte oder nicht. Nur im Falle eines „nein“ waren Kongresswahlen vorgesehen. 1988 strebte Pinochet eine weitere Amtszeit an und war sich sicher, das Referendum zu gewinnen. Tatsächlich gewannen jedoch die Gegner der Diktatur, die sich seit den frühen 1980er Jahren im Untergrund zusammengeschlossen hatten. Die Parteien hatten sich unter dem Schutz der Kirche gesammelt und den Kampf für die Rückkehr zur Demokratie organisiert. Seit der Wirtschaftskrise 1982 schlossen sich zudem Teile der armen Bevölkerung in sozialen Bewegungen zusammen. Streiks und nationale Protesttage 1983 und 1984 trugen schon vorher zum Niedergang des Regimes bei.

Im Referendum stimmten 55% mit „nein“. Pinochet war zwar außer sich über das Ergebnis, musste es aber akzeptieren, weil die Opposition eine parallele Auszählung der Stimmen organisiert hatte und der internationale Druck auf das Regime stark war. Ende 1989 fanden freie Wahlen statt, die der Kandidat der Christdemokraten, Patricio Aylwin, gewann.

Die Ursachen für das Ende der Pinochet-Diktatur sind sicher nicht in dem Ende des Kalten Krieges, sondern in innergesellschaftlichen Entwicklungen in Chile zu suchen. Ein Quäntchen mag aber die sich wandelnde internationale Situation dazu beigetragen haben, dass die Angstkampagne Pinochets, die Verhältnisse würden wieder genauso schlimm wie zu Zeiten Allendes, wenn das „Nein“ siegen würde, bei dem größeren Teil der Bevölkerung nicht griff. Die teilweise hysterische Angst jedenfalls vor dem Kommunismus bestand in dieser Zeit nicht mehr.

Im März 1990 übernahm also Patricio Aylwin das Präsidentenamt und die demokratische Transition und damit auch die Vergangenheitsaufarbeitung konnte beginnen.

Um Ihnen Prozess der Vergangenheitsaufarbeitung in Chile und vor allem einige seiner Besonderheiten etwas näher zu erläutern, möchte ich gerne zuerst einen Sprung nach heute machen, in die Aktualität in Chile und zu den beiden Präsidentschaftskandidatinnen für die Wahlen jetzt Ende November diesen Jahres.

Das sind einmal Michelle Bachelet, die ehemalige Präsidentin aus der Sozialistischen Partei, die jetzt erneut antritt und hohe Favoritin ist, und zum anderen Evelyn Matthei von der rechtskonservativen UDI, einer der aktuellen Regierungsparteien. Und hier fangen die Besonderheiten schon an, denn das ist nicht nur das erste Mal in Chile, das zwei Frauen die besten Chancen auf das höchste Amt haben, sondern beide sind auch noch Töchter von Luftwaffengenerälen – und damit existiert auch schon die Verbindung zur Vergangenheitsaufarbeitung. Denn während der Vater von Matthei ein Mitglied der Regierungsjunta während der Diktatur war, wurde der Vater von Bachelet aufgrund seiner Opposition gegen den Putsch von den eigenen Kameraden zu Tode gefoltert. Aktuell gibt es sogar ein Gerichtsverfahren, bei dem eine eventuelle Mitverantwortung des Vaters von Matthei am Tod des Vaters von Bachelet geprüft wird- auch wenn beide Kandidatinnen in der Öffentlichkeit kaum darüber sprechen. Diese Konstellation zeigt schon wie unterschiedlich Lebensgeschichten und Hintergründe in Chile trotz vieler Gemeinsamkeiten sein können – und zwar in erster Linie aufgrund des Putsches und der Diktatur.

Diese Unterschiede bedingen auch einen sehr unterschiedlichen Umgang mit der Vergangenheit. Das zeigte sich auch an den offiziellen Gedenkzeremonien zum 40. Jahrestag des Putsches vor knapp zwei Monaten. Das für mich aussagekräftigste Ereignis während dieser Zeremonien war eigentlich, dass es zwei Zeremonien gab. Einmal die offizielle Feier der Regierung im Regierungspalast *La Moneda*, auf der Präsident Piñera von der gemäßigt rechten Partei RN sprach, und einmal, am gleichen Tag, die Feier des aktuellen Oppositionsbündnisses im Hof des *Museo de la Memoria*, also des Erinnerungsmuseums, auf dem Michelle Bachelet sprach.

Bachelet wurde bei ihrer Rede relativ deutlich, als sie sagte: „Die Menschenrechtsverbrechen sind nicht zu rechtfertigen, sie waren nicht unausweichlich und sie liegen in der Verantwortung derjenigen, die sie begangen haben und die sie gerechtfertigt haben“. Aber auch Präsident Piñera sprach die Verbrechen deutlich an und machte klar, dass sie durch nichts zu rechtfertigen seien, sprach aber gleichzeitig auch von einer zwar nicht gleichwertigen, aber geteilten Verantwortung für den Untergang der Demokratie in Chile 1973. Diese eher feinen Differenzen im Diskurs zeigen, denke ich, zwei Dinge: Zum einen scheinen die Menschenrechtsverbrechen der Diktatur so langsam im gesellschaftlichen Erinnerungskonsens angekommen zu sein, so dass ihrer Thematisierung eigentlich von keiner relevanten Seite mehr widersprochen wird. Zum anderen ist aber der dezente Hinweis von Piñera auf die Mitschuld der Linken unter der Allenderegierung an der Gewalt, - denn darauf zielt der Ausspruch von der geteilten Verantwortung, - eines der wichtigsten Argumente im

Verteidigungsdiskurs der Diktaturvergangenheit durch die Rechte. Dazu zählt auch, dass man der Diktatur auch ihre „guten Seiten“ zugesteht und ein Großteil der unter Pinochet erlassenen politischen Maßnahmen auch akzeptiert und verteidigt werden. Dies betrifft z. B. auch die Reformen im Erziehungswesen der Diktatur, gegen die die chilenischen Studenten im letzten aber auch in diesem Jahr so massiv protestieren und die von der Regierung mit teilweise ziemlich brutalen Polizeimethoden – auch ein Erbe der Diktatur – verteidigt werden. Kritische Forderungen an das Erbe der Diktatur treffen immer noch auf den Widerstand eines Großteils der politischen Elite, die sich in einem eher unkritischen Umgang mit der Vergangenheit eingerichtet hat.

Diese heutige, eher ambivalente Situation - die MRV werden von allen Seiten anerkannt und verurteilt, gleichzeitig verweist aber gerade die aktuelle Regierung oft auf die guten Seiten der Diktatur, die Strafverfolgung der Täter geht nur schleppend voran und das politische Erbe ist noch allgegenwärtig - lässt sich nur verstehen, wenn man die Entwicklung der VP in Chile seit 1990 berücksichtigt. Auf diese Entwicklung werde ich im Folgenden eingehen, wobei ich mich auf einige Besonderheiten konzentrieren möchte, die den chilenischen Fall insgesamt interessant machen.

Ich habe in meinem Buch die Vergangenheitspolitik (VP) in verschiedene Etappen eingeteilt, wobei es in fast allen Etappen Maßnahmen zur Wiedergutmachung und Entschädigung der Opfer, etliche Gerichtsverfahren gegen Täter und die Errichtung von Gedenktafeln oder Erinnerungsstätten gab. Ich will jetzt nicht alle diese Maßnahmen im Einzelnen aufzählen, sondern mich auf einige Besonderheiten innerhalb der chilenischen Vergangenheitsaufarbeitung konzentrieren, die charakteristisch für den Umgang mit der Diktaturvergangenheit waren.

Die Suche nach der Wahrheit 1990-91

Eine Besonderheit der ersten Etappe hängt mit den Ausgangsvoraussetzungen für Vergangenheitspolitik in Chile zusammen. Der chilenische Fall war nicht nur wahrscheinlich der erste auf der Welt, in dem eine Diktatur demokratisch abgewählt wurde, sondern auch der erste, bei dem der ehemalige Diktator auch nach der Diktatur eine zentrale politische Rolle spielen sollte und eine bedeutende Machtfülle besaß. Pinochet blieb von 1990 bis 1998 Oberbefehlshaber des Heeres und hatte dadurch große Einflussmöglichkeiten auf die Aufarbeitung der Vergangenheit. Daneben hatte sich die Diktatur auch durch viele andere Maßnahmen auf politischem und juristischem Gebiet abgesichert, so dass der Handlungsspielraum der neuen demokratischen Regierung zu Beginn stark eingeschränkt war.

Gleichzeitig gab es aber auch starke gesellschaftliche, politische und internationale Forderungen nach einer Aufarbeitung der MRV der Diktatur.

Von daher ist die erste Etappe auch noch vor allem dadurch geprägt, dass die Regierung noch die Initiative auf dem Feld der Vergangenheitspolitik innehat.

Die wichtigste Maßnahme der ersten Etappe stellte die sogenannte Rettigkommission dar, also eine vom Präsident eingerichtete Wahrheitskommission, die innerhalb von neun Monaten, im März 1991, Aufklärung über die schlimmsten Verbrechen der Diktatur - Verschwundenen und Todesopfer – gab und die einen der Höhepunkte der vp. Entwicklung in Chile insgesamt darstellte. Die Wahrheitskommission ermittelte fast 3.200 Todesopfer, darunter über 1000 Verschwundene. Gekennzeichnet war die Arbeit der Kommission in erster Linie durch die Idee, vor allem die Wahrheit über die Verbrechen zu ermitteln und dafür eine Nennung der Täter oder eine Bestrafung zurückzustellen. Das Ziel war die Versöhnung der Gesellschaft über die Bekanntgabe der Wahrheit. Die chilenische Kommission war in den Folgejahren weltweit Vorbild für viele andere Wahrheitskommission, darunter auch die bekannte Kommission in Südafrika. Zu den Ergebnissen der Kommission möchte ich nur zwei Punkte betonen:

Zum einen stellten die Ergebnisse der Kommission eine staatsautorisierte Wahrheit dar, die nicht mehr geleugnet werden konnte und der hohes moralisches Kapital zukam. Zum anderen gelang aber die von der Regierung angestrebte Versöhnung durch den Bericht nicht, vor allem, da sich das Militär und die Rechte sich jeglicher Versöhnungs- oder gar Entschuldigungsgeste widersetzen, so dass in der Öffentlichkeit nach 1991 zwei antagonistischen Versionen über die Vergangenheit praktisch gleichberechtigt stehenblieben. Das Militär sah sich immer noch als „Retter des Vaterlandes“. Daneben betrachtete die Regierung ihre vp. Aufgabe mit dem Bericht als erfüllt an, so dass sie der Veröffentlichung des Berichts keine weiteren Maßnahmen folgen ließ, was dem Bericht selbst sein Demokratisierungspotential besonders in der öffentlichen Debatte nahm. Die Diktatur konnte auch nach dem Bericht weiterhin gutgeheißen werden und die Schuld an den Verbrechen auf die Linke oder einzelne „Exzesse von Untergebenen“ abgeschoben werden. D. h. die auch heute noch von Piñera in wesentlich verstecktere und subtilerer Form vorgebrachten Argumente bestimmten schon damals die Debatte– nur noch viel deutlicher und mit dem Zusatz, dass die Verbrechen teilweise rundherum abgestritten oder als notwendig betrachtet worden waren .

Das nächste herausragende Ereignis, an dem sich wieder die vergangenheitspolitischen Positionen in Chile ablesen ließen, war die Verhaftung von Manuel Contreras, dem

ehemaligen Chef der DINA, des chilenischen Geheimdienstes unter der Diktatur. Contreras wurde 1995 zu 7 Jahren Haft verurteilt wurde, konnte aber erst nach fast 5 Monaten Widerstand, bei dem ihm das Militär geholfen hat, ins Gefängnis gebracht werden. Seine Verhaftung stellte einen großen Erfolg für die Regierung dar (immerhin wurde mit ihm der zweitmächtigste Mann der Diktatur für seine Verbrechen hinter Gitter gebracht), der aber durch den langen Widerstand teuer erkaufte wurde. Auch aufgrund des Drucks des Militärs in dem Fall reagierte der damalige Präsident Frei mit zwei Schlusspunktversuchen, die beide einen Tausch von Informationen gegen Straflosigkeit vorsahen, also die Beendigung aller MR-Prozesse. Diese Idee, Wahrheit zu erlangen gegen die Aufgabe von Gerechtigkeit, scheiterte am Widerstand der MR-Gruppen und der linken Parteien in der Regierung und führte vor allem dazu, dass ein immer stärkerer Einklang des Diskurses der Regierung mit dem der militärischen Partei wahrgenommen wurde, so dass die Enttäuschung über die immer noch neue Demokratie in der Bevölkerung immer grösser wurde. Die Regierung versuchte eine „erfolgreiche Transition“ zu vermitteln, und bei diesem Versuch störten die „Einbrüche aus der Vergangenheit“ nur. Auch deshalb waren noch bis 1998 die Rechte und das Militär klar federführend in der öffentlichen Debatte und der Rechtfertigungsdiskurs Pinochets war in Chile sehr präsent.

Die Entdeckung der Wahrheit

Dies sollte sich ändern mit dem entscheidenden Ereignis der chilenischen VP, das eine neue Etappe einleitete: der Verhaftung Pinochets in London am 16. Oktober 1998. Der Fall Pinochet erregte die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit. Es war- auch das eine Besonderheit des chilenischen Falls – das erste Mal, dass ein ehemalige Diktator für Verbrechen, die in seinem Land begangen wurde, im Ausland verhaftet wurde. Seitdem überlegen sich viele Diktatoren genau- und übrigens auch der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger,- ob sie noch ins Ausland reisen, denn der Fall Pinochet wurde zu einem Präzedenzfall für die Möglichkeiten der internationalen Justiz.

Die chilenische Regierung setzte sich – zum Entsetzen der Diktaturoppfer - für eine Rückkehr Pinochets ein, mit dem Argument, dass der Prozess gegen ihn im eigenen Land geführt werden müsse. Er wurde nach 503 Tagen in London am 2. März 2000 freigelassen und nach seiner Rückkehr nach Chile wurde ihm tatsächlich ein Prozess gemacht, der im Jahr 2002 offiziell wegen „moderater Demenz“ des Angeklagten eingestellt wurde. Ich will jetzt hier nur kurz darauf eingehen, was an dem Fall wichtig ist für die Analyse der chilenischen Vergangenheitsaufarbeitung.

Die Verhaftung des ehemaligen Diktators bedeutete, dass sich die neue Regierung des Sozialisten Ricardo Lagos im Jahr 2000 mit den gleichen Themen wie zu Beginn der Transition vor 10 Jahren beschäftigen musste: VP und Demokratisierung. Das ist aber nicht als Stillstand zu werten, sondern als „Wiederentdeckung“. Die Verhaftung Pinochets wirkte im Grunde auf allen Ebenen der VP: Sie demaskierte den Diskurs der erfolgreichen Transition und führte zu einer Haltungsänderung bei allen Entscheidungsakteuren. Die Regierung musste- trotz der Verteidigung Pinochets-, auf einen Prozess gegen ihn in Chile drängen und nahm sich dem Thema der VP wieder verstärkt an. Die Rechte begann, den Pakt mit Pinochet zu lösen und sich von dem Diktator zu distanzieren. Und das Militär begann, sich des Themas der Vergangenheit und der MR-Verbrechen anzunehmen. Das ist deshalb interessant, weil das Militär zwar Pinochet weiterhin verteidigte, aber bereit war, über die Verbrechen seines Regimes zu reden, während die rechten Parteien sich von der Person des Diktators lösten, aber noch nicht bereit waren, das Werk – „la obra“ seines Regimes zu diskutieren.

Insgesamt denke ich, dass man der Verhaftung Pinochets sogar mehr als nur Katalysatorwirkung zusprechen kann, wenn man bedenkt, dass nicht nur das politische Klima sich der V. wieder zuwandte, sondern auch im Bereich der Justiz seit 1999 entscheidend mehr Prozesse aufgenommen wurden und- das ist viel wichtiger - auch wieder erste Verurteilungen und Haftstrafen ausgesprochen wurden. Auch erinnerungspolitisch bekam der Diskurs der Rechten ab jetzt wesentlich mehr Widerspruch, und mittelfristig sollte eine neue Etappe der VP ausgelöst werden, die, denke ich, bis zum Ende der Regierung Bachelet 2006 andauerte. Der entscheidende Schub kam also, wenn sie so wollen, durch einen internationalen „Eingriff“.

Die Zukunft der Vergangenheit

Die neue Ausrichtung auf die Vergangenheit konnte man insbesondere an den 30 Jahr-Feiern des Putsches im Jahr 2003 sehen, bei der die Regierung erstmals offiziell an diesem Datum den Menschenrechtsverbrechen gedachte, aber vor allem an der Einsetzung einer neuen Wahrheitskommission, die im November 2004 ihren Bericht vorlegte. Diese sogenannte Valech-Kommission war schon wieder besonders, denn das war das erste und bis heute wohl noch einzige Mal auf der Welt, dass eine Wahrheitskommission nicht die Todesopfer sondern die Folterverbrechen einer Diktatur untersuchte und damit das Universum der sichtbaren Opfer deutlich erhöhte. Die Kommission ermittelte im Jahr 2004 etwas mehr als 28. 000 Folteropfer, mittlerweile ist die Zahl auf 38.000 Opfer gestiegen, Schätzwerte gehen allerdings von viel mehr Folteropfern aus. Diese Kommission bedeutete einen neuen Qualitätsschritt in der VP, da das Heer, in Person des damaligen Oberbefehlshabers Cheyre, erstmals die institutionelle Politik der MR-Verbrechen zugab, also zugab, dass das Militär

systematisch MRV begangen hat. D. h. die MR-Verbrechen waren jetzt auch erstmals offiziell in der Erzählung der Täterseite vorhanden.

Mit Michelle Bachelet kam dann 2006 eine Präsidentin an die Macht, die selbst Folteropfer der Diktatur war und schon aufgrund ihrer Biographie eine größere Nähe zu der Menschenrechtsszene aufwies. So verweigerte sie Pinochet nach seinem Tod z. B. ein Staatsbegräbnis, wobei zur Zeremonie auf Militärgelände immer noch fast 50.000 Besucher kamen und fast die gesamte politische Rechte. Unter Bachelets Regierung wurden zahlreiche Gedenkstätten und 2010 das *Museo de la Memoria* eingeweiht, das sich ausschließlich der Diktaturzeit und ihren Verbrechen widmet.

Gleichzeitig zeigte aber ein erneut besonderes, diesmal ziemlich tragisches Ereignis, wie wenig die konkrete Situation der Opfer in der bisherigen Vergangenheitspolitik eine Rolle gespielt hatte. Im Jahr 2006 kam es in dem Skandal um den Patio 29 dazu, dass einige der Opfer der Diktatur zum zweiten Mal „verschwanden“.

Der Patio 29 war ein Teil des Zentralfriedhofs in Santiago, auf dem schon während der Diktatur Leichen von „verschwundenen“ Opfern entdeckt wurden. Also Opfern, bei denen die Diktatur den Angehörigen immer erklärt habe, man wisse nichts über sie ...sie seien einfach „verschwunden“ oder sie seien mit der Geliebten irgendwo hin abgehauen... Diese Überreste wurden dann in den 90er Jahren, also nach der Diktatur, ausgegraben und identifiziert und an die Angehörigen übergeben. Die Familien bekamen so endlich Klarheit über den Tod ihres Angehörigen und konnten trauern.

Leider gab es aber schon während des Identifizierungsprozesses Zweifel an den Ergebnissen, die aber damals nicht mitgeteilt wurden, auch weil man den Diskurs der erfolgreichen Transition nicht stören wollte. Erst 2006 wurden die Zweifel bekannt und den Familien wurde gesagt, dass von den über hundert Opfern fast alle falsch oder zweifelhaft identifiziert wurden, man also lange Zeit den falschen Angehörigen betrauert hatte. Die Opfer verschwanden dadurch ein zweites Mal mitten in der Demokratie. Sie können sich vorstellen, was das für die Angehörigen bedeutete. Das Vertrauen der Angehörigen in die Demokratie wurde dadurch nicht gerade gefördert. Mittlerweile werden die Überreste im Ausland mit DNA-Tests analysiert und es sind auch schon wieder viele – jetzt hoffentlich endgültig – an die Familien übergeben worden. Insgesamt ist das eine Geschichte, die sehr charakteristisch für den Verlauf der chilenischen Vergangenheitsaufarbeitung ist und nochmal zeigt, wie wenig man in den 90er Jahren an einer umfassenden Aufarbeitung interessiert war.

Mit der Regierung Piñera kann man dann, meiner Meinung nach, durchaus von einer neuen Etappe in der VP sprechen. Denn auch wenn vordergründig die Aufklärung der vergangenen Verbrechen auch für die neue Regierung wichtig erscheint, und das Menschenrechtsprogramm des Innenministeriums weiter arbeitet, so lässt die Regierung doch erkennen, dass sie kaum Interesse an VP hat. Dies zeigt sich vor allem an weniger sichtbaren Maßnahmen. So wurden z. B. die Ressourcen für das *Museo de la Memoria* gekürzt, sehr engagierte Anwälte des Menschenrechtsprogramms entlassen ebenso wie Fachleute der Polizei für die Aufklärung von Menschenrechtsverbrechen aus Diktaturzeiten.

Auf die Besonderheit von zwei Veranstaltungen zum 40. Jahrestag des Putsches bin ich schon eingegangen. Die erklärt sich eben auch mit dem immer noch sehr unterschiedlichen Blick auf die Vergangenheit, der auch in den Jahren nach 1990 geprägt wurde.

Insgesamt lassen sich für die chilenische Vergangenheitsaufarbeitung große Fortschritte verzeichnen, bes. auf dem Feld der Entschädigungen, der Wahrheitssuche, und, in den letzten Jahren auch in der Symbolpolitik und der Justiz. Auf juristischem Gebiet bleibt die Bilanz aber ambivalent, trotz der Vielzahl an Prozessen (ca. 800), aber die geringe Zahl an tatsächlichen Haftstrafen für Menschenrechtsverbrecher (66) und die Nichtverurteilung Pinochets bleiben Defizite. Pinochet ist letztlich zwar mit einer großen Zahl an Prozessen gegen ihn gestorben, war aber bei seinem Tod eben noch in keinem Verfahren tatsächlich verurteilt.

Das defizitärste Feld, und das nicht im moralischen Sinne sondern gemessen am Ziel der Demokratisierung, bleibt der öffentliche Diskurs, in dem neben der Anerkennung der MR-Verbrechen immer auch die positiven wirtschaftlichen, staatsmännischen und politischen Leistungen der Diktatur aufgezählt werden, und die Verbrechen somit relativiert werden. Insgesamt also eine ambivalente Erinnerung herrscht, die dazu führt, dass sich die Demokratie in diesem Feld nicht entscheidend von der Diktatur absetzen kann. Und aufgrund dieser problematischen öffentlichen Erinnerung gibt es eben auch heute noch zwei Veranstaltungen zum 40. Jahrestag und der Präsident Piñera muss eben für einen Großteil seiner Anhänger auch immer noch Worte zur Schuld der Linken und zu den Errungenschaften der Diktatur und der erfolgreichen Transition einfließen lassen.

Gleichzeitig dienen aber solche Ereignisse wie der 40. Jahrestag dazu, dass in der Öffentlichkeit und in den Medien viel über die Diktatur diskutiert wird, die schreckliche Vergangenheit eben nicht verschwiegen wird und gerade auch die Verbrechen – über Fernsehserien, Filme und Zeitungsreportagen - in die kollektive Erinnerung der Gesellschaft gelangen. Und bei aller Kritik, die jetzt hier an dem Prozess der chilenischen

Vergangenheitsaufarbeitung angeklungen ist, so muss man auch bedenken, dass die Diktatur in Chile erst vor 23 Jahren beendet wurde.

Auch wenn historische Vergleiche nicht immer ganz stimmig sind, so kann man sich demgegenüber den deutschen Fall anschauen. Da waren wir 23 Jahre nach dem Ende der Naziherrschaft im Jahr 1968. Da ist vorher in Sachen Vergangenheitsaufarbeitung noch nicht allzu viel passiert und es ging gerade mit den Fragen nach der Vergangenheit der eigenen Väter und Mütter los. Interessanterweise, und das ist eine erstaunliche Parallele zu Chile, waren es insbesondere die Studentenproteste, die sich gegen verkrustete Strukturen auflehnten und für ein neues, frisches Meinungsklima auch hinsichtlich der Vergangenheit sorgten. Ähnlich wie die chilenischen Studenten im letzten und in diesem Jahr.